

Rentenhysterie.

Immer dieses Gejammer

Liest man in diesen Tagen und Wochen das rechtsbürgerliche Leitmedium NZZ, wähnt man sich in einem Endzeitthriller. Die verantwortungslosen Alten führen demnach auf Kosten der Jungen ein lustiges RentnerInnenleben und setzen deren Zukunft leichtfertig aufs Spiel. In dieser Lesart führt nur ein Weg an der Hölle vorbei: rasche Erhöhung des Rentenalters und Rentenkürzungen. Die NZZ unterlegt ihre Endzeitvision gerne mit obskuren „Studien“ der UBS, die, einem Orakel gleich, der AHV eine düstere Zukunft voraussagen. Das Mantra, wir würden immer älter, erzeugt dabei den Eindruck, man könne die steigende, Lebenserwartung linear in die Zukunft projizieren. Das ist Blödsinn. Noch ist das ewige Leben nicht erfunden.

Vor jeder AHV-Reform schüren die Bürgerlichen rechts der Mitte die Rentenhysterie. Das hat sich in ihre DNA eingeschrieben, seit sie nach dem Zweiten Weltkrieg die von oben nach unten umverteilende AHV akzeptieren mussten. Dieser sozialistische Mechanismus ist bis heute eine offene Wunde. Doch anders als immer wieder beschworen ist das wichtigste Sozialwerk des Landes nicht zusammengebrochen. Und das wird auf absehbare Zeit auch nicht der Fall sein. Die AHV lässt sich mit vergleichsweise moderaten Zusatzfinanzierungen und Übergangshilfen für RentnerInnen stabilisieren. Die reiche Schweiz kann sich das leisten. Es ist eine Frage des politischen Willens.

Wer mit der AHV herumspielt und auf Reformverweigerung macht, setzt den sozialen Frieden aufs Spiel. Die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband haben eben vorgemacht, wie sich eine Reform der ungleich instabileren zweiten Säule sozialverträglich gestalten liesse. Das ist ohne eine gewisse Umverteilung nicht zu haben.

Und alles andere als dramatisch. Denn die sehr gut Verdienenden sichern sich ohnehin einen vergleichsweise höheren Anteil der Produktivitätszuwächse, die alle erarbeiten. Sie können unabhängig von Sozialversicherungen Kapital bilden und vorsorgen - und sie leben in der Regel deutlich länger als schlechter Verdienende und beziehen somit auch länger Rente.

Die Rentenfinanzierung bewirkt eine Umverteilung von Jung zu Alt. Die Pensionskassen beziffern das Umverteilungsvolumen in der zweiten Säule auf bis zu sechs Milliarden Franken pro Jahr. Aber ist das wirklich ungerecht? Das Gejammer ist nicht nachvollziehbar. Wer heutzutage Kinder in die Welt setzt, kann sie nicht wie in den siebziger Jahren nach der Volksschule auf den Bau, in die Fabrik oder in die Lehre schicken. Heute sind die Jungen mitunter bis dreissig von finanziellen Zuwendungen ihrer Eltern abhängig. Eine gute Ausbildung bietet Chancen für einen guten Lohn. .

Wer also zwei Kinder zeugt, ist mindestens bis Mitte fünfzig in der finanziellen Verantwortung. Die Jungen profitieren - zu Recht. Dazu kommt: Viele Grosseltern, meist die Omas, übernehmen in der Kinderbetreuung Verantwortung - und senken damit Kitakosten. Und schliesslich erben Kinder. Das jährliche Erbschaftsvolumen beläuft sich auf 63 Milliarden Franken. Wer also den Generationenkonflikt schürt, ist nicht ganz bei Trost.

Das wichtigste Argument aber ist ein anderes. Dazu eine kleine Geschichte aus einem anderen Teil der Welt. In einem ärmlichen Dorf im Nordosten Thailands, einem aufstrebenden Schwellenland, bekommt eine 75-jährige Mutter von acht Kindern eine Minirente von einigen Hundert Baht, vielleicht dreissig Franken im Monat. Das reicht nicht einmal fürs Essen. Die jüngste Tochter hat studiert, ihre Eltern und Geschwister, alle ReisbäuerInnen, haben das Studium finanziert. Heute arbeitet sie in der Steuerverwaltung einer Kleinstadt. Sie und ihr Sohn wohnen umsonst in einem Haus in Staatsbesitz, die Gesundheitsversorgung ist für sie gratis. Sie verdient nicht besonders viel, aber überdurchschnittlich. Die Erwartung an die Tochter ist klar: Die Familie hat in sie investiert. Jetzt muss sie zurückzahlen.

Die Jungen in der Schweiz sind von solchen Pflichten weitgehend befreit. Dank vergleichsweise guter Altersrenten - und Ergänzungsleistungen, falls das Geld nicht reicht .

Andreas Fagetti.

WOZ, 11.7.2019.

Personen > Fagetti Andreas. AHV. Reform. WOZ, 2019-07-11